



AARGAU

AARGAUER TAGBLATT AARAU, WYNENTAL-SUHRENTAL, LENZBURG-SEETAL

Central-Garage
Wälty AG
Niederlenz
Ihr Partner des Vertrauens

Seilziehen um das Siedlungsgebiet

Raumplanung Parteien beurteilen Vorlage der Regierung unterschiedlich - BDP fürchtet gar einen Schiffbruch

VON FABIAN HÄGLER

Seit der Annahme des Raumplanungsgesetzes im März 2013 herrscht auch im Aargau faktisch ein Einzonungsstopp. Das Gesetz schreibt vor, dass zuerst das gesamte Siedlungsgebiet definiert werden muss, bevor neues Bauland einzont werden kann. Der Aargau gehört zu den ersten Kantonen, die diese Aufgabe in Angriff nehmen - und die Parteien schätzen dies. In der Vernehmlassung, die am Samstag zu Ende ging, wird Baudirektor Stephan Attiger für die rasche Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben gelobt. Inhaltlich gehen die Meinungen der Parteien aber weit auseinander. Dies zeigt sich schon bei der Fläche des Siedlungsgebiets.

SP, Grüne, GLP, EVP bremsen

So verlangen die SP und die Grünen, das Siedlungsgebiet auf dem heutigen Stand von 21 620 Hektaren festzulegen. Beide Parteien argumentieren, die unüberbauten Bauzonen seien mit 2800 Hektaren oder 13 Prozent riesig. Deshalb ist für SP und Grüne klar: Wenn mehr Bauland einzont wird, muss dies mit Auszonungen von nicht überbautem Land kompensiert werden.

Gemeinsam mit der EVP sind die beiden linken Parteien der Ansicht, die Bevölkerungsprognose (816 000 Einwohner im Jahr 2040) sei zu hoch. SP und Grüne verlangen, die Regierung solle ein Szenario mit 737 000 Einwohnern in 26 Jahren verwenden, die EVP möchte gar aktive Massnahmen, um

die Bevölkerung im Jahr 2040 auf 720 000 Personen zu beschränken.

Die Grünliberalen äussern sich nicht zur Bevölkerungsprognose. Sie kritisieren aber, die Auszonung von übergrossen Bauzonen gehe zu wenig weit. Mit lediglich 16,7 Hektaren mache deren Fläche weniger als 1 Prozent der nicht überbauten Bauzonen aus.

CVP, FDP: Handlungsspielraum

Weitgehend unterstützt wird die Vorlage von der CVP. Anliegen der Wirtschaft würden berücksichtigt, zugleich halbiere sich der bisherige Verbrauch

an Landwirtschaftsflächen. Auch die Vorgaben für verdichtetes Bauen, die bis 2014 erfüllt sein sollen, begrüsst die CVP grundsätzlich. Bei der Umsetzung sei aber ein gewisser Handlungsspielraum nötig, insbesondere in den Bereichen Ortsbildschutz, Denkmalpflege, Brandschutz und Ausnützungsziffern.

Dies verlangt auch die FDP, die dem Denkmalschutz vorwirft, er verhindere wichtige Entwicklungen wie die nötige Verdichtung in Baugebieten. Insgesamt möchten die Freisinnigen nur kleine Korrekturen an der Vorlage ihres Baudirektors anbringen. Grundsätzlich sei

darauf zu achten, dass in Bezug auf Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung kein zu grosses Gefälle zwischen städtischen und ländlichen Gebieten entstehe. Die Freisinnigen begrüssen es, dass 148 Hektaren der geplanten Siedlungsfläche als Reservetopf ausgeschieden werden sollen. Sie wollen aber die Voraussetzungen lockern, damit Unternehmen davon profitieren können.

SVP: Gemeindeautonomie

Grundsätzlich anderer Meinung als der Regierungsrat ist die SVP. Sie will auf eine Fixierung der künftigen Fläche

des Siedlungsgebiets verzichten. Die SVP lehnt auch die Mindestdichten für Bauzonen ab - dies wäre aus ihrer Sicht ein Eingriff in die Gemeindeautonomie. Geht es nach der SVP, soll die heutige Planungshoheit der Gemeinden nicht durch die Stärkung der Regionalplanungsverbände geschwächt werden. Zudem solle die kantonale Verwaltung die Planungsprozesse in den Gemeinden nur auf Übereinstimmung mit geltenden Gesetzen kontrollieren. Weiter fragt die SVP, warum es im Richtplan zwar Wohn-, aber keine Gewerbe oder Industrieschwerpunkte gebe.

STELLUNGNAHMEN VON INTERESSENVERBÄNDEN

WWF will Auszonungen, Gewerbe mehr Land

Nicht nur die Parteien, auch mehrere Interessenverbände nehmen Stellung zu den Vorschlägen der Regierung, was das künftige Siedlungsgebiet angeht. So fordert der **WWF Aargau**, das Siedlungsgebiet auf die heutige Grösse von 21 260 Hektaren zu beschränken. Erweiterungen müssten durch Auszonungen kompensiert werden. Gemeinden sollen ihre Bauzonen erst vergrössern dürfen, wenn die bestehenden Gebiete dicht genug bebaut sind. Der WWF fordert auch, die Bevölkerungsprognose für 2040 von 816 000 auf 738 000 Einwohner zu reduzieren. Der **Bauernverband Aargau** macht sich Sorgen über den Verlust von

Fruchtfolgeflächen, «die unsere Produktionsgrundlage darstellen». Der Verband fordert, mindestens 10 Hektaren Bauland auszuzonen. Er will zudem die Einzonung von Gewerbegebieten bekämpfen, weil noch viele Industriebrachen ungenutzt seien. Auf diese Gebiete pocht die **Aargauische Industrie- und Handelskammer**. Es sei heikel, wenn sich die politische Diskussion einseitig auf das Wohnen beschränke. Auch künftig brauche es Zonen für «gewöhnliche Industriebetriebe», schreibt die AIHK. Sie begrüsst die Reservetöpfe, also jene 70 Hektaren Siedlungsgebiet, die zwar ausgeschieden, aber räumlich noch nicht fest zugeteilt sind.

Auch der **Aargauische Gewerbeverband** unterstützt die Reservetöpfe. Diese sollten nicht nur für Neuansiedlungen, sondern auch zur Erweiterung bestehender Firmen verwendet werden. Der AGV wehrt sich gegen zusätzliche Auszonungen und will verhindern, dass Arbeitszonen in Wohngebiete umgewandelt werden. Der **Hauseigentümerverband Aargau** warnt vor steigenden Wohnkosten, weil Bauland knapp werde. Es sei rechtswidrig, Wohnflächen auszuzonen und 28 Hektaren für öffentliche Nutzungen einzuzonen. Zudem fordert der HEV, auf die Festlegung von «planwirtschaftlichen» Wohnschwerpunkten zu verzichten. (FH)

BDP: Angst vor Schiffbruch

Als einzige Partei übt die BDP Kritik am Vorgehen des Baudirektors bei der Erarbeitung der Vorlage. Bei der Datenerhebung seien Strukturunterschiede der Gemeinden nicht berücksichtigt worden, zudem sei das Verdichtungspotenzial nicht vor Ort abgeklärt worden. Während CVP und FDP den Einbezug der Regionalplanungsverbände loben, behauptet die BDP, die Planer des Kantons hätten die lokalen Behörden oft vor Tatsachen gestellt. Sie empfiehlt der Regierung, «sich die Rückmeldungen der Replas und Gemeinden genau anzuhören und in der Bearbeitung umzusetzen». Das Schiffbruchpotenzial sei sonst erheblich. Ob dies tatsächlich zutrifft, wird sich bald zeigen. Die definitive Botschaft der Regierung wird im November erwartet, im Frühling soll der Grosse Rat dann über das künftige Siedlungsgebiet entscheiden.